



Dauerhaft an die Ursachen: Finanznot, zu viele Bundesgesetze, Verrechtlichung, Standards, bürokratische Verfahren und Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen:

Zukunftspakete für stärkere Kommunen umsetzen

Die hessische Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände wollen die Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen stärken. Die Landesregierung hat dazu im Sommer die Möglichkeit eines Zukunftspakts zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen ins Gespräch gebracht. Inzwischen zeigt sich: Die Fülle der Themen reicht für mehrere Zukunftspakete. Was aus Sicht der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in die Pakete muss: Dazu hat jetzt der Hessische Städte- und Gemeindebund für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden Stellung bezogen.

Kommunalfinanzen in der Schieflage: Die größte Gefahr für die Handlungsfähigkeit der Kommunen

Die Kommunen haben auch in Hessen im ersten Halbjahr 2025 nochmal tiefere Haushaltslöcher verzeichnet. Die Schieflage der Kommunalfinanzen ist die weitaus größte Gefahr für die kommunale Handlungsfähigkeit. Wichtige Aufgaben können nicht gut erledigt werden, wenn das erforderliche Geld fehlt.

Die Länder haben beim Bund erreicht, dass dieser die kommunalen Steuerausfälle durch den Wachstums-Booster ausgleicht. Das ist ein erster wichtiger Anwendungsfall für das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“, zu dem sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag auf Bundesebene unter dem Stichwort „Veranlassungskonnexität“ bekannt haben. Der Wachstums-Booster macht die kommunalen Haushaltslöcher also nicht noch tiefer. Es braucht aber mehr.

Per Bundesgesetz sind über Jahrzehnte kommunale Aufgaben immer teurer gemacht worden, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgte.

Unsere Forderungen

- 1) Zeit daher, Bilanz zu ziehen und entweder die Aufgabenübertragungen vom Bund abzuschaffen oder finanziell auszugleichen.
- 2) Die Kommunen fordern als finanziellen Ausgleich höhere Gemeindeanteile an

Herausgeber:



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

Johannes Heger · Dr. David Rauber · Harald Semler

Henri-Dunant-Straße 13
63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0
hsgb@hsgb.de · www.hsgb.de



der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer.

- 3) Die finanziellen Zuweisungen des Landes an die Kommunen müssen merklich stärker steigen als vom Land bisher geplant.

Aufgabenübertragungsverbot einhalten

Bund und Länder müssen das im Grundgesetz seit 2006 geregelte Verbot einhalten, durch Bundesgesetz Aufgaben der Kommunen zu übertragen und zu ändern. Auch die Länder sollten ihre Regelungsspielräume besser schützen. Sache der Länder ist es auch, die Regelungsmöglichkeiten der Kommunen zu fördern. Denn Wiesbaden ist eben anders als Wuppertal, aber auch im Land gibt es große Unterschiede zwischen Wiesbaden und Wetzlar, Wald-Michelbach und Weißenborn. Die Regelung vor Ort wird da oft am besten passen.

Unsere Forderungen

- 1) Mehr kommunale Selbstverwaltung und Föderalismus leben, auch im Bundesrat!
- 2) Bei der Umsetzung von Neuregelungen die in der Regel schon bestehenden Strukturen in Land und Kommunen schützen. Das sollte das Land bei Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schulkindbetreuung ab August 2026 so halten.

Weniger rechtliche Regelungen

Es geht etwas schief – schon ist der Ruf nach schärferen, detaillierteren oder überhaupt nach Gesetzen zu hören. Oder es gibt neue Rechtsansprüche, obwohl es kaum Themen gibt, um die sich die Kommunen

nicht längst nach den örtlichen Notwendigkeiten kümmern. Inzwischen gibt es vielfältige rechtliche Vorgaben, was wie von wem und mit welcher Art von Dokumentation zu tun ist. So ist über die Jahre ein enges Netz von Regelungen entstanden, in denen sich Bund, Länder und Kommunen verheddert haben. Wichtiger als ein Rechtsanspruch ist es, dass es in der Wirklichkeit z.B. Kita-Plätze gibt.

Unsere Forderungen

- 1) Die gesetzlichen Vorgaben für kommunale Aufgaben müssen verringert werden.
- 2) Nicht jede von Bund und Land umfassend geregelte Aufgabe gehört noch auf die kommunale Ebene. Wir sind ausdrücklich offen für Hochkonzentrationen von Aufgaben, wenn die Regelungsdichte den Kommunen so gut wie keine eigenen Gestaltungsspielräume lässt.

Alte und neue Standards hinterfragen

In einigen Bereichen gibt es detaillierte Vorgaben für Themen wie die Personalausstattung, die Qualifikation des Personals oder auch zusätzliche technische Vorgaben. Diese Standards werden in aller Regel erhöht. Aber Standardlösungen etwa für die Digitalisierung wären andererseits auch hilfreich.

Die Erfahrungen unserer Mitglieder

- 1) Viel hilft **nicht** viel! Ein höherer Standard ist oft mit höheren Kosten verbunden oder erschwert die Aufgabenerfüllung,



etwa weil die höheren Qualifikationsanforderungen an das Personal nur von einer geringeren Zahl von Bewerbern erfüllt wird. Deshalb im Zweifel keine neuen gesetzlichen Vorgaben machen.

- 2) Viele Aufgaben sind von Bund und Land gesetzlich geregelt. Wer die Regeln setzt, muss künftig auch eine digitale Lösung für deren Anwendung sicherstellen und so die Verwaltung vereinfachen.

Einfachere Verfahren – weniger Bürokratie

Fördergeld kann teuer werden – wenn viel Arbeitszeit in Förderanträge und Verwendungsnachweise, vorbereitende Studien und mehr investiert werden muss. Gerade bei Förderungen kann Bürokratieabbau rasch umgesetzt werden. Dann können auch die Investitionsmittel aus den Sondervermögen des Bundes schneller und wirksamer eingesetzt werden.

Unsere Forderungen

- 1) Pauschale Förderung der Kommunen statt viele Förderprogramme mit Einzelanträgen für jede einzelne Maßnahme.

- 2) Die Förderung von Einzelprojekten darf nur dort erfolgen, wo eine pauschale Finanzierung den Bedarf nicht wirksam befriedigen kann.
- 3) Anträge und Nachweisverfahren für Einzelprojekte müssen sich auf die kurze Darstellung des Projekts und die Bestätigung, dass es auch umgesetzt wurde beschränken.

Eine neue Arbeitsweise dauerhaft etablieren

Der Austausch mit dem Land zeigt es: Wie Vorgaben wirken, was für die Umsetzung nötig ist und was an Kosten entsteht sollte zwischen Land und Kommunen auf Dauer viel intensiver ausgetauscht werden.

Unsere Forderung

Es muss ein dauerhaftes Austauschformat zur kommunalen Aufgaben- und Finanzentwicklung zwischen Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden etabliert werden. Eine wichtige Aufgabe ist dann die Betrachtung der Entwicklung von Aufgaben und Anforderungen an die Kommunen.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund e.V. – Starker Partner der Kommunen

Der HSGB ist der mitgliederstärkste kommunale Spitzenverband der kreisangehörigen Kommunen in Hessen. Er bündelt gemeinsame Anliegen und Belange seiner Mitgliedsstädte und -gemeinden und vertritt sie gegenüber dem Hessischen Landtag, der Hessischen Landesregierung sowie gegenüber anderen Körperschaften und Organisationen. Darüber hinaus leistet der HSGB Rechtsberatung und Prozessvertretung für seine Mitglieder. Von den 415 kreisangehörigen Städten und Gemeinden gehören dem Hessischen Städte- und Gemeindebund 401 Kommunen als Mitglieder an. Hinzu kommen über 100 kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. Zweckverbände) als außerordentliche Mitglieder.

Hinter dem Verband steht eine starke ehrenamtliche Struktur. Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedskommunen arbeiten in Präsidium, Hauptausschuss und den Fachausschüssen mit. Jede Mitgliedskommune entsendet einen Vertreter in die Mitgliederversammlung, das höchste Organ des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Die Mitgliederversammlung wählt das Präsidium (10 Mitglieder) sowie den Hauptausschuss (30 Mitglieder). Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, dem Ersten Vizepräsidenten, dem Vizepräsidenten sowie sieben Beisitzern und dem Sprecher der Geschäftsführung oder einem Stellvertreter. Der Hauptausschuss beschließt wichtige Stellungnahmen des HSGB zu Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. Die sechs Fachausschüsse des Verbandes erarbeiten verbandspolitische Initiativen und nehmen Stellung zu Gesetzentwürfen, Verordnungen und Erlassen der Landesregierung sowie zu Gesetzentwürfen der Landtagsfraktionen, um die Entscheidungen der Organe vorzubereiten.

